

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Hessen
Untermainkai 31
60311 Frankfurt/Main
Telefon: 0 69 / 72 73 13
E-Mail: lv-hessen@wirtschaftsrat.de

Präambel

Positionen des Wirtschaftsrates Hessen zur Landtagswahl 2023

Unternehmerischer Sachverstand für ein starkes Hessen

Als Stimme der hessischen Wirtschaft vertritt der Wirtschaftsrat Hessen die Interessen und Positionen der Unternehmer zu Landtagswahl 2023.

In Hessen steht am 8. Oktober 2023 die nächste Landtagswahl an. Die Wahl wird über die Zusammensetzung des 21. Hessischen Landtags entscheiden. Im Januar 2024 beginnt die Legislaturperiode.

Hessen gehört zu den bedeutenden wirtschaftlichen Zentren der Welt. Global Player und Hidden Champions bestimmen die wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam mit den zahlreichen, die Struktur unseres Bundeslandes prägenden mittelständischen und oft eigentümergeführten Firmen. Ein besonders Kennzeichen der hessischen Wirtschaft ist die hohe internationale Ausrichtung insbesondere durch den Finanzplatz, die Verkehrs- und Logistikdrehkreuze mit der besonderen Bedeutung des Flughafens Frankfurt sowie den Industrieclustern in den Segmenten DataCenter und Biotech/Pharma.

Die Erfordernisse zur Bewältigung aktueller Krisen wie der Corona-Pandemie und des Kriegs Russlands gegen die Ukraine erschweren es, langfristige Herausforderungen in den Blick zu nehmen. Daher haben wir die Anliegen der hessischen Wirtschaft in Positionen formuliert. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen zu verbessern sowie die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hessen zu erhalten und zu stärken.

Der Wirtschaftsrat ist als Unternehmerverband die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Hessen. Mit fast 1.800 Mitgliedern zählt Hessen zu den größten Landesverbänden im Wirtschaftsrat, bundesweit zählt der Verband über 12.500 Mitglieder. Für den Austausch von Wirtschaft und Politik bietet der Wirtschaftsrat ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Forum, um sich einzubringen und die Politik auf allen Ebenen mitzugestalten.

Der Landesverband Hessen des Wirtschaftsrates der CDU e.V. steht zum Dialog gerne bereit.

Agenda

Wirtschaftsstandort Hessen: Mittelstand stärken	1
Gestaltung einer umweltverträglichen, sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung	2
Gute Mobilität für Hessen gestalten	3
Durch weniger Regulierung mehr neuen Wohnraum schaffen	5
Bildung aktiv und innovativ gestalten	6
Bessere Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials	6
Finanzplatz Hessen stärken	7
Gesundheitsversorgung in Hessen auch in Zukunft sichern	8
Finanzierung unseres Gesundheitssystems sicherstellen	8
Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Produktionsstandorts Hessen und Deutschland stärken. 9	
Versorgungsstrukturen demographiefest gestalten	10
Hessen international	10

Wirtschaftsstandort Hessen: Mittelstand stärken

Verkehr:

Stopp einer Verkehrspolitik zulasten der Pendler (insbesondere, aber nicht nur in den Kommunen), Aufstockung der Investitionen in Ausbau (!) und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur (Straße, Bahn, Luftverkehr) sowie Beschleunigung der Umsetzung der Neubau- und Erhaltungsmaßnahmen

Digitalisierung:

Glasfaseranschluss von Gewerbegebieten außerhalb der Ballungsgebiete muss dringend weiter forciert werden; es muss alles getan werden, endlich Funklöcher insb. an Fernstraßen und Bahnstrecken zu schließen, Digitalisierung der Verwaltung (One-Stop-Shop-, No-Stop-Shop-, Once-Only-Prinzip) vorantreiben

Schule und Bildung:

Stärkung der Lehr- und Ausbildungsberufe und des Fachs „Wirtschaft“ in den Schulen; Stärkung der Attraktivität der Haupt-/Realschulabschlüsse; Umsetzung der Erkenntnisse aus den diversen PISA-Studien; Beseitigung der erheblichen Defizite eines zu großen Teils der Schüler beim Lesen, Schreiben und Rechnen als unverzichtbaren zentralen Grundkompetenzen für alles Weitere.

Wohnen:

Durch Entbürokratisierung und den Abbau von planungsrechtlichen Hürden, muss es ermöglicht werden, schneller und günstiger zu bauen, damit auch Arbeiter und Angestellte aus dem Niedriglohnsegment Wohnraum finden können.

Bürokratie effizienter und schneller gestalten durch (i) Genehmigungswirkung nach Zeitablauf ohne verwaltungsseitiges Tätigwerden, (ii) beschleunigte Digitalisierung bei neuem Austarieren der Digitalisierung mit den bisherigen datenschutzrechtlichen Anforderungen (und den dadurch ausgelösten erheblichen Kosten für Unternehmen), (iii) Vermeidung von Mehrfachprüfungen durch verschiedene Stellen (Beispiel: Betriebs-Kfz werden mehrfach von verschiedenen Instituten auf ihren betriebs- und verkehrssicheren Zustand jeweils mit unterschiedlichen Prüfintervallen geprüft – TÜV, AU, UVV)

Migration von Arbeitskräften:

Verfahrensbeschleunigung bei den für die Migration von Arbeitskräften zuständigen Behörden; Zusammenfassung von Kompetenzen verschiedener Behörden bei einer Behörde (One-Stop-Shop); Gewährung größerer Entscheidungsspielräume zugunsten der Arbeitgeber hinsichtlich der Tauglichkeit/Einsetzbarkeit ausländischer Arbeitskräfte im eigenen Unternehmen anstatt Aufbau bürokratischer Hürden insbesondere hinsichtlich der Vergleichbarkeit ausländischer Zeugnisse und Berufsabschlüsse mit deren deutschen Pendanten; Betonung in der Diskussion um die notwendige Verlängerung der Lebensarbeitszeit insbesondere in akademischen Berufen, dass nach 45 Beitragsjahren die maximale Rente dennoch erreicht ist (attraktives Argument für das Handwerk und andere Lehrberufe)

Energieversorgung muss stabil, preiswert und verlässlich sein und zu einem dicht besiedelten Bundesland wie Hessen passen.

Stärkung des ländlichen Raums und der dortigen Wirtschafts- und Bildungsstrukturen, um weiteren Wegzug in die Ballungszentren zulasten insbesondere der mittelständischen Wirtschaft im ländlichen Raum zu vermeiden.

Steuern:

Einsatz der Parteien für ein wieder wettbewerbsfähiges steuerrechtliches Umfeld in Deutschland über den Bundesrat und die EU-Vertretung in Brüssel

Sozialversicherungsabgaben:

Einsatz der Parteien für sinkende Sozialabgabenbelastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Deutschland über den Bundesrat

Gestaltung einer umweltverträglichen, sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung

Die Lösungsansätze gehen teilweise über die originäre landespolitische Kompetenz hinaus. Da das Land Hessen aber maßgeblichen Einfluss auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat hat, sogar „Zünglein an der Waage“ ist, und in Brüssel stark vertreten ist, halten wir den ganzheitlichen Blick auf die Energiepolitik für sachgerecht.

Wettbewerbsfähige, planbare und rechtssichere Energiegesamtkosten für Strom und Gas im internationalen Vergleich

- Aktuell nicht gegeben, z.B. chemische Industrie, Rechenzentren, mit den in Hessen bedeutsamen Standorten wie Frankfurt-Höchst, Darmstadt, Hanau, Wiesbaden unter Druck. Im Strombereich trifft Angebotslücke auf steigende Nachfrage, außerdem politisch bzw. staatlich verursachte Einpreisungseffekte, Umlagen, Steuern und Abgaben; im Gasbereich Hochpreiszone EU
- Marktbasierte Lösungen und massive Angebotsausweitung notwendig, auch im Zuge steigender Nachfrage aus Digitalisierung, Elektrifizierung, Wärme und Mobilität

Stabilität der Energieversorgung sicherstellen (inklusive Sicherheitsreserve)

- Kein weiterer Ausstieg aus sicherer, grundlastfähiger Erzeugungsleistung ohne gesicherten Zubau, sämtliche noch vorhandene grundlastfähige Kraftwerksleistung muss technologieoffen in Deutschland erhalten werden
- Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Flexibilisierung des Verbrauchs (z.B. durch Sektorenkopplung, Digitalisierung oder bidirektionales Laden)
- Netzversorgungsqualität (insbesondere zunehmend kurzfristige, für Industriebetriebe kritische Schwankungen im Stromnetz kleiner drei Sekunden) müssen angemessen erfasst und berücksichtigt werden

Beschleunigung des Ausbaues der Erneuerbaren Energien:

Das Land Hessen muss die Ambition haben, bei der Genehmigungsdauer für Windkraftanlagen besser zu sein als der deutsche Durchschnitt (aktuell 15 Monate langsamer)

Schaffung von Marktanreize für gesicherte Erzeugungsleistung:

Zusätzlich zu den Erneuerbaren Energieträgern müssen Marktanreize für gesicherte Leistungen geschaffen werden (z.B. Gaskraftwerke oder Brennstoffzellen, perspektivisch mit Wasserstoff- oder Ammoniak Einsatz)

Netzausbau muss Schritt halten, damit der Digitalstandort Hessen mit seiner starken Position im Bereich DataCenter weiter wachsen kann. Ebenfalls müssen die Genehmigungsverfahren für die Infrastruktur massiv beschleunigt werden.

Die Anbindung des Landes Hessen an das Wasserstoffnetz (Transportnetz) ist sicherzustellen

- Bedeutender Standortfaktor für energieintensive Industrie und Voraussetzung für perspektivisch wasserstofftaugliche Back-up-Kraftwerke
- Keine ideologische Farbenlehre beim Wasserstoff, die den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft erschwert
- Unterstützung der Unternehmen bei der Akquise von Wasserstoff (außerhalb von Hessen)

Gasverteilnetze schrittweise „H2-ready“ ertüchtigen – keine teuren Parallelstrukturen aufbauen

Design des künftigen Gasnetzes erarbeiten und Transferpfade unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Kosten erarbeiten (Ausgangspunkt heutiges Gasnetz; Veränderungen: Beibehaltung, Stilllegung, Umwidmung, Neubau)

Keine weitere Verstaatlichung von Energieversorgungsstrukturen und Energienetzen,

da staatlich dominierte Strukturen am schlechtesten geeignet sind, die notwendige Geschwindigkeit für den Ausbau unserer Infrastruktur aufzunehmen.

Bürokratie rund um Energieversorgung deutlich entschlacken und Rechtssicherheit herstellen

Beispiele: Beihilferecht Strom-/Gaspreisbremse, Anforderungen an Zertifizierungen etc., nichtharmonisierte, komplexe (und in Teilen immer noch nicht praxissicher definierten) Anforderungen an zahlreiche sog. Ökologische Gegenleistungen oder die im Vergleich zu anderen EU-Ländern extrem aufwändig und bürokratisch gestalteten Strom- und Energiepreisbremsen mit hoher Anwendungsunsicherheit.

Verstärkte Abwärmenutzung insbesondere von Rechenzentren in Rhein-Main sowie Erschließung von Geothermie

Der rechtliche Ordnungsrahmen darf nicht zu einem Ausverkauf des deutschen Mittelstandes führen. Die Transformation des Energiesystems muss diesen Aspekt mit Blick auf Geschwindigkeit und Veränderungstiefe berücksichtigen. Die Wertschöpfung zur Umsetzung der Energiewende muss in Deutschland gehalten werden.

CCS-Potenziale auch in Deutschland nutzen

Carbon Capture and Storage ermöglicht Grundstoffindustrien mit chemisch bedingten Emissionen eine wettbewerbsfähige und praxisgerechte Emissionsminderung. Statt nur auf den aufwändigen Transport von CO₂ z. B. nach Norwegen zu setzen, müssen vergleichbare Lagerstätten in Deutschland (ergänzend) erschlossen werden.

Gute Mobilität für Hessen gestalten

Das Land Hessen mit der Metropolregion Rhein-Main ist eine der dynamischsten Wachstumsregionen Deutschlands und einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Europas. Stetig steigende Einwohner- und Pendlerzahlen, steigende Arbeitsplatzzahlen und ein zunehmender Warenverkehr stellen hohen Anforderungen an eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik, deren Ziel es sein muss, nachhaltige Entwicklung, kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum und das Wohl der Bürger und Bürgerinnen gleichermaßen sicherzustellen.

Mobilität als Standortfaktor für Hessen gestalten

Die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten wird durch eine gute Erreichbarkeit für Beschäftigte, Kunden, Produzenten und An-/Zulieferer bestimmt. Die Infrastruktur mit den städtischen Verkehrswegen und den waren- und personenbefördernden Straßen- und Schienenwegen muss leistungsfähig in Bezug auf Kapazität und Pünktlichkeit sein.

Ausbau des motorisierten Individualverkehrs:

- Verkehrsträgerneutrale Ausbauplanung ohne Benachteiligung des motorisierten Individualverkehrs.
- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und zügige Umsetzung der Baumaßnahmen. Planungszeiträume von zehn und mehr Jahren sind weder ökologisch noch finanziell zu vertreten.

Ausbau der Radverkehrsförderung:

Die Erstellung eines verkehrlichen Grundkonzeptes für die Fahrradwege inkl. Schnellwege, mit dem Ziel, bisherige „Flickenteppiche“ aus singulären Bereichen abzulösen.

Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV):

Die Parameter eines attraktiven ÖPNV sind neben Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Anschlusssicherung und durchgängige Reiseketten vor allem auch Bezahlbarkeit, Platzangebot, Sicherheit und Sauberkeit.

- Aufstockung der Investitionsmittel, konsequente Investition in Infrastruktur, Technik, Personal und Netzdichte.
- Bereitstellung zweckgebundener Bundeszuschüsse zur Sicherung/Modernisierung der ÖPNV-Infrastruktur.
- Ähnlich dem Zustandsbericht Schiene, den die Deutsche Bahn jährlich erstellt, müssen auch im kommunalen Bereich Infrastrukturdaten erfasst und bewertet werden, um den Investitions- und Sanierungsbedarf zu ermitteln und eine Zweckbindung der Finanzmittel zu gestalten.

Luftverkehrsstandort Hessen stärken

- Der Ausbau des Terminals 3 und die entsprechende verkehrliche Schienenanbindung sind zukunftsgerichtete Investitionen für den Standort Frankfurt sowie ganz Hessen.
- Förderung des Testeinsatzes von alternativen Kraftstoffen.
- Harmonisierung der Luftverkehrsabgabe (Luftverkehrsteuer) in Europa oder Abschaffung derselben.
- Europäischer Emissionshandel nur mit Grenzausgleichsmechanismus

Wasserwege: Erhalt und Ausbau des Osthafens in Frankfurt.

Ausreichende Berücksichtigung der steigenden Güterverkehrszahlen

- Kosten-/Nutzenbetrachtung des E-Highway der seit Mai 2019 zwischen Frankfurt und Darmstadt in Betrieb ist, bevor ein weiterer Ausbau stattfindet.
- Ausbau von Parkmöglichkeiten für LKW's an Autobahnen.
- Praktikable und kostengünstige GST-Genehmigungsverfahren für Autokräne und andere Schwertransporte auf Autobahnen.

Verkehrsträgerübergreifend

Der Anstieg des Verkehrsaufkommens kann aufgrund der Langfristigkeit der Ausbaumaßnahmen nur durch die intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger kompensiert werden. Moderne Verkehrsleit- und Parksyste, Echtzeit-Verkehrsinformationen, intelligente Ampelschaltungen, einfache Buchungen von Leihrädern und die City Logistik für Waren sind nur einige Elemente, die sinnvoll mit digitalen Lösungen umgesetzt und so zu einer Optimierung des Verkehrsflusses beitragen können.

Klimawirkung und Verkehrspolitik müssen zusammen gedacht werden

Eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik berücksichtigt langfristige klimapolitische Zielstellungen und reale Anforderungen der Verkehrsteilnehmer gleichermaßen. Die Emissionsreduzierung in den

Innenstädten wird sich vor allem durch die Weiterentwicklung und Förderung alternativer Antriebstechnologie fortsetzen. Im Mobilitätsalltag wird der mobilisierte Individualverkehr zumindest mittelfristig auch weiterhin eine große Rolle spielen. Dies unter anderem aufgrund der Tatsache, dass die bestehenden ÖPNV-Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf abzubilden. Daher müssen auch die Ansprüche des mobilisierten Individualverkehrs, neben dem ÖPNV und dem Radverkehr, in einer durchdachten Gesamtverkehrsplanung adäquat Berücksichtigung finden.

Durch weniger Regulierung mehr neuen Wohnraum schaffen

Mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, um den steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken.

Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren, um den Wohnungsbau zu beschleunigen.

Senkung der Grunderwerbsteuer, um den Erwerb von Immobilien attraktiver zu machen.

Schaffung von Anreizen für die energetische Sanierung von Gebäuden, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Förderung von innovativen Wohnformen wie zum Beispiel Modul- und Tiny Houses.

Erhöhung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Vermieter, um den Erhalt von Wohnraum zu sichern.

Schaffung von Anreizen für den Bau von nachhaltigen und klimafreundlichen Gebäuden.

Stärkere Unterstützung von Eigentümern bei der Modernisierung von Gebäuden, um den Werterhalt zu gewährleisten.

Die Regulierung der Immobilienwirtschaft sollte auf ein vernünftiges Maß reduziert werden, um Investitionen zu fördern und den Wettbewerb zu stärken.

Integration der EU-Taxonomie in die nationale Gesetzgebung zur Förderung nachhaltiger Investitionen in den Immobiliensektor.

- Die EU-Taxonomie legt **Kriterien für nachhaltige Investitionen** fest. Es ist jedoch oft schwierig, die Nachhaltigkeit von Immobilienprojekten genau zu definieren, da es viele Faktoren gibt, die berücksichtigt werden müssen, wie z.B. die Energieeffizienz des Gebäudes, den Einsatz erneuerbarer Energien und die Verwendung nachhaltiger Materialien.

Herausforderungen für Bestandsimmobilien:

Die EU-Taxonomie betrifft nicht nur neue Immobilienprojekte, sondern auch Bestandsimmobilien.

Komplexität und Unsicherheit:

Die EU-Taxonomie ist ein komplexes Regelwerk, das sich noch in der Entwicklung befindet. Immobilienunternehmen müssen dabei unterstützt werden, sich auf Änderungen und Aktualisierungen einstellen zu können.

Ausweitung von Förderprogrammen für den barrierefreien Umbau von Wohnungen, um älteren und behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Angesichts der Alterung der Gesellschaft müssen vermehrt entsprechende Wohnungen und Pflegeeinrichtungen geschaffen

werden. Es muss damit auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass ältere Menschen so lange wie möglich selbstständig in ihren eigenen Wohnungen leben können.

Aufgrund der steigenden Anzahl von Menschen, die in Städten leben möchten, muss die **Stadtentwicklung** darauf ausgerichtet sein, ausreichend Wohnraum, Arbeitsplätze, Infrastruktur und Grünflächen bereitzustellen. Eine gute Planung ist hierbei von großer Bedeutung.

Bildung aktiv und innovativ gestalten

Pädagogische Aufwertung der Personalstruktur in der Ganztagsbetreuung – möglichst kostenneutral:

- Anrechnung von dual Studierenden ab dem 1. Semester auf den Fachkräfteschlüssel, dadurch unmittelbare Verringerung des Fachkräftemangels
- Anrechnung von dual Studierenden ab dem 3. Semester auf den Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (kurz: UBUS)-Fachkräfteschlüssel

Zusammenführung der Ausbildung von Grundschullehrer mit der Ausbildung von staatl. anerkannten Sozialpädagogen

- Zusammenführung in einem dualen 2-Optionen-Studiengang (7. Sem., 210 CP, davon 100 CP Fachwissenschaften)
- Orientierungspraktikum bei sozialem Träger in der schulischen Ganztagsbetreuung

Zugangsprüfung für im Ausland qualifizierte Studierende durch:

- Einführung eines vereinfachten Wegs zur Erlangung der Studienberechtigung in Hessen als einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen im globalen Wettbewerb um junge Talente und zur Stärkung der Kompetenzen der Hochschulen
- Vereinfachung und autonome Entscheidungskompetenz der Bewerbungsverfahren für ausländische Studienbewerber
- Gezielte Förderung des Spracherwerbs und eine möglicherweise teilweise Übernahme der Kosten für ausländische Studienbewerber

Die Schulinfrastruktur (IT, Wartung, Hardware, Service) bundesweit vereinheitlichen und somit von der Länderverwaltung abgekoppelt wird. Die derzeitige extrem heterogene Entwicklung schadet dem Standort Deutschland mittel- und langfristig erheblich.

Die Schulbildung, besonders die Inhalte in den Bereichen Politik, Soziales sowie Wirtschaft, müssen mehr und schneller an die Lebensrealität angepasst werden.

Bessere Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials

Vorgaben & Dokumentationspflichten

- Das sich im Gesetzgebungsprozess befindende Gesetz, welches die Arbeitszeiterfassung regelt muss um sinnvolle Ausnahmen für spezielle Berufsgruppen ergänzt werden (beispielsweise Anwälte, Wirtschaftsprüfer, Bankmanager etc.).
- Dokumentationspflichten im HR-Bereich, die übermäßig Personal und Ressourcen binden, müssen auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

Zeitarbeit in der Pflege darf nicht gesetzlich minimiert oder verboten werden

- Der Einsatz von Zeitarbeit in der Pflege verhindert das Zusammenbrechen des Gesundheitssystems. Alle Akteure müssen einen Beitrag leisten, um das Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen.
- b. Zeitarbeit in der Pflege ermöglicht den Beschäftigten ein höheres Maß an Flexibilität und ist daher ein Mittel, um den Pflegeberuf attraktiv zu machen.

Fachkräfteeinwanderung für das Land Hessen

- Mindestvorgaben für die Terminvergabe durch das Auswärtige Amt
- Einheitliche Handlungsanweisungen für gleichartige Sachverhalte in den Bundesländern
- Bessere Strukturierung der Verfahren und vereinfachte Anforderung an Dokumente von Antragsstellern
- Kompetenzen und Befugnisse der vor- und nachgeschalteten Behörden müssen noch besser definiert werden
- Schnelle Verfahren und eine reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und Organisationen

Finanzplatz Hessen stärken

Institutionelle Aspekte:

- Rechtssicherheit und internationaler Rechtsrahmen
- Steuerlicher Rahmen und Unternehmerfreundlichkeit
- Aufsichtsqualität in Kombination mit Adäquanz
- Gute Interaktion zwischen lokalen und europäischen Institutionen
- Effiziente Interaktion mit bereits vorhandenen Institutionen (Bsp. EZB) und deren Nutzung als Multiplikator
- Digitalisierungsgrad und Prozesseffizienz der öffentlichen Hand

Grundsätzlich ist neben den Rahmenbedingungen für Unternehmen auch das private Umfeld

Grundlage der Attraktivität eines Standortes. Dazu gehören:

- Infrastruktur
- Internationalität
- Kulturelles Angebot
- Wohnraum - Ökologie
- Schule, Ausbildung und Kinderbetreuung
- Willkommenskultur (Administration und behördliche Unterstützung)
- Sicherheit

Sich daraus ableitende Fragen:

- Hat das Land eine konkrete Zielsetzung für die qualitativen/privaten Standortfaktoren
- Arbeitet man an einem Marketingkonzept, um dies zu verdeutlichen

- Gibt es eine Task Force, die versucht strategisch wichtige Institutionen nach Frankfurt zu bringen (Bsp. Geldwäschebehörde)
- Wie organisiert man die Zusammenarbeit mit der Bundesebene und deren Unterstützung
- Wie organisiert man die Zusammenarbeit zwischen Land Hessen und Stadt Frankfurt für Entwicklung eines Planes zur Stärkung und Priorisierung der Standortfaktoren der Stadt Frankfurt

Gesundheitsversorgung in Hessen auch in Zukunft sichern

Informierte Bürger sind souveräne Patienten

Wir empfehlen, die Schaffung eines Qualitätsportals im Land Hessen, um Patienten sektorenübergreifend über medizinische Leistungen und deren Qualität einfach sowie transparent zu informieren und ihnen eine bewusste Entscheidung für oder gegen einen Gesundheitsanbieter zu ermöglichen. Eine Stärkung der Patientensouveränität kann bei der Neugestaltung der Versorgungsplanung helfen und die Vermittlung von Wissen über wohnortnahe Versorgung und den Besuch von Zentren oder Schwerpunktpraxen erleichtern. Insbesondere im ambulanten Bereich und im Krankenhaus herrscht oft Informationsmangel, daher sollten Anstrengungen unternommen werden, um hier Transparenz bei der Auswahl zu schaffen.

Fachkräftesicherung

Wir empfehlen, die Studienplätze in Medizin deutlich zu erhöhen und den Ausbau der Pflegestudiengänge und -plätze im Land Hessen voranzutreiben, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu decken und die Akademisierung von Pflegeberufen zu fördern. Dabei sollte auch dafür gesorgt sein, dass die Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte beschleunigt werden, indem eine zentrale Ausländerbehörde geschaffen wird, die als internationales Büro fungiert und im gesamten Einwanderungsprozess Dienstleistungen anbietet.

Digitalisierung für bessere medizinische Versorgung nutzen

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen die flächendeckende Nutzung von Daten zur Verbesserung der medizinischen Versorgung rechtssicher und konform zur Datenschutzgrundverordnung anwendbar macht. Die Digitalisierung bietet große Potenziale für eine effektivere und patientenorientierte Versorgung und sollte endlich vollständig genutzt werden. Es ist wichtig, dass die Landesregierung die Chancen der Digitalisierung erkennt und aktiv fördert, um eine moderne und zukunftsfähige medizinische Versorgung in Hessen zu gewährleisten. Die hessische Landesregierung möge ihren Einfluss beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) dahingehend ausüben, dass digitale Anwendungen zur Erprobung auch zugelassen werden.

Finanzierung unseres Gesundheitssystems sicherstellen

Nachhaltige Finanzierung der GKV

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen sich aktiv auf Bundesebene dafür einsetzt, eine nachhaltige Finanzierung der GKV sicherzustellen. Hierzu sollte der Bundes-Koalitionsvertrag umgesetzt werden, indem unter anderem die Beiträge für die Bezieher von Bürgergeld auf das Niveau für Beschäftigte mit Mindestlohn angehoben werden und der Bundeszuschuss zur GKV regelhaft sowie verlässlich dynamisiert wird. Zudem sollte der Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel und Hilfsmittel auf 7 Prozent abgesenkt werden. Alternativ wäre zu überlegen, die Umsätze im Gesundheitswesen gemäß § 4 Ziffer 14 UStG von sog. „unechten Steuerbefreiungen“ in „echte Steuerbefreiungen“ zu überführen. Dies bedeutet, dass die Umsätze nicht mehr als umsatzsteuerfrei zu behandeln, sondern als steuerbar gelten, allerdings zu einem Steuersatz von null Prozent. Eine

nachhaltige Finanzierung des Gesundheitsfonds als wichtige Säule der GKV ist entscheidend, um eine qualitativ hochwertige Versorgung auch sicherstellen zu können.

Krankenhausfinanzierung

Wir empfehlen, eine adäquate Investitionsförderung für Krankenhäuser im Land Hessen sicherzustellen, die auch gestiegene Ausgaben im Zuge der Inflation, wie Baukosten, berücksichtigt. Es sollten dafür gesorgt werden, dass Investitionsmittel nur noch an bedarfsnotwendige Standorte verteilt werden. Außerdem sollte auch die Verbundbildung stärker gefördert werden, indem sichergestellt ist, dass es tatsächlich zu Synergien durch Kooperationen im medizinischen oder tertiären Bereich, wie IT und Einkauf, kommt. Außerdem muss die Defizitfinanzierung von Krankenhäusern durch Kommunen gestoppt und Investitionsmittel für Kommunen verringert werden, die wiederholt ihre Krankenhäuser unterstützen, um den Druck für Strukturveränderungen und Zusammenschlüsse in Verbünden zu erhöhen. Das Capitation Modelle sollte erprobt werden, um effiziente Strukturen im Gesundheitsmarkt zu fördern.

Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Produktionsstandorts Hessen und Deutschland stärken

Potenziale der Gesundheitsdaten in der Forschung und Versorgung

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen sich für den Zugang der industriellen Forschung zu anonymisierten/pseudonymisierten Gesundheitsdaten einsetzt, um deren Potenziale für innovative Therapien und Behandlungsmöglichkeiten zu nutzen. Wir empfehlen, dass ein gesetzlicher Erlaubnistatbestand für die private Forschung in § 303e Abs. 1 SGB V ergänzt wird, um den Zugang der industriellen Forschung zu anonymisierten/pseudonymisierten Gesundheitsdaten zu ermöglichen. Die Landesregierung in Hessen sollte die Einrichtung eines Forschungsdatenzentrums für Gesundheitsdaten unterstützen, um die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke zu erleichtern und damit auch der industriellen Forschung den Zugang zu erleichtern.

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen sich für eine vernetzte Forschung und R&D-Ökosysteme einsetzt, um die industrielle Forschung als wichtigen Partner in der medizinischen Forschung und Versorgung am Forschungsstandort Deutschland zu stärken.

Potenziale der Kooperation bei Forschung besser nutzen – Rahmenbedingungen für Klinische Studien verbessern

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen sich dafür einsetzt, die Potenziale der Kooperation zwischen medizinischen Fachkräften und Gesundheitsunternehmen zu nutzen. Eine Stärkung der klinischen Arzneimittelstudien in Deutschland würde dazu beitragen, dass medizinische Fachkräfte sich frühzeitig mit potenziellen Behandlungsmöglichkeiten von morgen vertraut machen können. Gleichzeitig könnten Gesundheitsunternehmen medizinische Forschung schneller und effektiver in Lösungen für Patienten umwandeln, die wiederum Zugang zu innovativen Therapiemöglichkeiten erhalten. Deutschland verliert seit Jahren im internationalen Vergleich bei klinischen Arzneimittelstudien von Pharmaunternehmen an Boden, was die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der pharmazeutischen Industrie in Deutschland schwächt. Klinische Studien sind ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu innovativen Medikamenten für Patienten und ein Leistungsindikator für die Zukunftsfähigkeit des Forschungsstandorts Deutschland.

Kostendämpfende Maßnahmen befristen

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen dafür eintritt, dass die kurzfristigen und langfristigen Effekte massiver kostendämpfender Eingriffe, wie sie durch das GKV-FinStG umgesetzt werden, berücksichtigt werden und dass befristete Maßnahmen wie die Erhöhung des Herstellerabschlags zum 31.12.2023 wie geplant enden. Um die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln nicht weiter zu gefährden, ist eine Ersetzungspflicht von biologischen Arzneimitteln

durch Biosimilars abzulehnen, um den Effekt der abwandernden Produktion und der Einstellung der Forschung in der europäischen Industrie zu verhindern.

Versorgungsstrukturen demographiefest gestalten

Reha vor Pflege/Rente und nach Operationen sicherstellen

Wir empfehlen, dass das Land Hessen ein Reha-Angebot wie andere Bundesländer bereitstellen sollte, um die Inanspruchnahme der Reha zu fördern um höhere Ausgaben in der Gesundheitsversorgung zu vermeiden. Geriatriische Patienten ohne akutmedizinischen Behandlungsbedarf müssen derzeit auf andere Bundesländer ausweichen, da in Hessen kein Anspruch auf eine Anschlussheilbehandlung besteht. Es ist daher dringend erforderlich, den Aufbau von geriatriischen Rehabilitationsbetten voranzutreiben und den Anspruch auf somatische Rehabilitation sicherzustellen. Die Rehabilitation sollte auch als wichtiger Bestandteil der postakuten Versorgung im Landeskrankenhausausschuss vertreten sein, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten angemessen berücksichtigt werden.

Sektorenübergreifende Versorgung für die Zukunft sichern

Wir empfehlen, dass die Landesregierung in Hessen die Weichen für eine zukunftssichere Versorgungsstruktur stellt. Hierzu sollte aktiv die sektorenübergreifende Bedarfsplanung vorangetrieben und die Strukturplanung verbindlich vor finanzielle Anreize gestellt werden. Qualitätsverbesserung und Patientensicherheit sollten als zentrales Element struktureller Planungen berücksichtigt werden. Mutige Transformation nicht bedarfsnotwendiger Krankenhäuser in sektorenübergreifende regionale Versorgungszentren und der Ausbau der Digitalisierung und Telemedizin sollten weiterhin gefördert werden. Dabei kann privates Kapital in medizinischen Versorgungszentren förderlich für die Versorgung des ländlichen Raums sein, weshalb eine Einschränkung der Gründungseigenschaft medizinischer Versorgungszentren kontraproduktiv wäre. Das Gremium nach § 90a SGB V in Hessen sollte intensiver als Gestaltungsplattform genutzt werden. Eine zukunftssichere sektorenübergreifende Versorgungsstruktur ist entscheidend, um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in Hessen sicherzustellen.

Hessen international

Als Heimat des führenden europäischen Finanzzentrums, starker Wirtschaftsstandort und Treiber von Innovation und Wachstum spielt die Europapolitik für das Land Hessen eine immer bedeutendere Rolle. Hessen muss Vorreiter und Initiator in Deutschland und der EU sein, um die schwierigen Aufgaben unserer Zeit zu meistern.

Ausbau der Widerstandsfähigkeit in einer sich verändernden Welt:

Zur Stärkung des Standorts und als aktiver Beitrag zur europäischen Zielsetzung einer offenen strategischen Autonomie muss der Fokus auf die eigenen Kernkompetenzen verstärkt werden. Mit Blick auf internationale Initiativen (z.B. US-Inflation Reduction Act) gilt es, die europäischen Bestrebungen mit regionalen Maßnahmen zu komplementieren. Das bedeutet die Stärkung der Rahmenbedingung für den Wirtschaftsmotor Hessen - besonders für die Industrie und den Mittelstand - durch einen Abbau bürokratischer Hürden, den Ausbau der notwendigen technischen Infrastruktur sowie gezielte Förderungen für innovative Unternehmen und beschleunigte Genehmigungsverfahren. Auch die global veränderten Lieferketten müssen als Chance verstanden werden regional mehr zu leisten, während der Export auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft gefördert werden muss.

Abhängigkeiten reduzieren und klare Regeln sicherstellen:

Gleichzeitig gilt es im Umfeld der globalen Veränderungen die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und einen Rahmen sicherzustellen, der langfristiges Wirtschaften ermöglicht. Dazu zählt auch ein

wettbewerbsfähiger Preis für Energie der nicht im Kontrast zu einer weiteren Reduktion von Abhängigkeiten steht. Mit Blick auf das europäische Ziel einer offenen strategischen Autonomie sollte verstärkt Fokus auf strategische Partnerschaften gelegt werden weiter Zugang zu wichtigen Rohstoffen und seltenen Erden zu ermöglichen. Auch sollte die Chance genutzt werden Frankfurt als größtes Finanzzentrum der EU und Alternative zu London zu stärken. Eine Reduzierung der Abhängigkeiten (z.B. Euroclearing) sowie eine wirksame und innovationsfreundliche Finanzmarktregulierung bilden einen globalen sowie europäischen Standort- und Wettbewerbsfaktor. Das Land Hessen sollte daher mit gutem Beispiel vorangehen und sich als Heimat eines internationalen Regulierungs- und Aufsichtsstandorts für einheitliche und klare Vorgaben einsetzen.

Ein starker Finanzplatz für Deutschland und Europa:

Als EU-Stabilitätsanker (EZB, Bundesbank, BaFin, etc.) muss die Stadt Frankfurt seine zentrale Rolle ausbauen und auch für neue Behörden (z.B. der Antigeldwäschebehörde der EU) und Banken noch attraktiver werden, um im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig zu sein. Denn nur ein starkes finanzwirtschaftliches Ökosystem zieht zugleich internationale und europäische privatwirtschaftliche Akteure an, die den Wirtschaftsstandort Hessen florieren lassen. Diese leisten einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftskraft und Wohlstandsentwicklung unseres Landes. Nun gilt es, dieses Grundgerüst zu stärken und durch gezielte Maßnahmen sowie verstärkte Interessenvertretung in der Bundespolitik und Europapolitik zu fördern.

Der europäische Kapitalmarkt als Motor der Wettbewerbsfähigkeit:

Hessen muss sich in Berlin und Brüssel für einen wettbewerbsfähigen deutschen und europäischen Kapitalmarkt starkmachen. Dieser ist Schlüssel der Transformation der Weltwirtschaft in eine digitale und nachhaltige Zukunft. Dafür muss die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich steigen und die Rahmenbedingungen für die Kapitalbeschaffung von Unternehmen, insbesondere für KMU verbessert werden. Die Aufgabe der hessischen Landespolitik ist es, die Entwicklung proaktiv mitzugestalten und dabei in Berlin und Brüssel die Bedeutsamkeit des Finanzplatzes Frankfurt als Finanzmarkt-Powerhouse, inkl. Fokus auf Start-ups herauszuheben. Das TechQuartier ist u.a. zentrales Element in diesem Kontext.